

VERBRAUCHERPOLITIK EU AKTUELL

Ausgabe 17 | 16. bis 29. September 2019

INHALT:

- Allgemeine EU-Verbraucherpolitik
- Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr
- Finanzdienstleistungen
- Gesundheit / Ernährung
- Telekommunikation / Medien / Internet
- Wirtschaftsfragen / Wettbewerb
- Terminvorschau

ALLGEMEINE EU-VERBRAUCHERPOLITIK

Verbraucher nutzen europäischen Rechtsrahmen für alternative Streitbeilegung

Die EU-Kommission hat am 25. September 2019 ihren ersten Bericht über die Umsetzung des europäischen Rahmens für die alternative Streitbeilegung und die Online-Streitbeilegung für Verbraucher veröffentlicht. Beide Instrumente ermöglichen es Verbrauchern und Händlern, ihre Streitigkeiten über 460 alternative Streitbeilegungsstellen außergerichtlich zu schlichten.

Die Online-Streitbeilegungsplattform habe seit ihrer Einführung im Jahr 2016 mehr als 8,5 Millionen Besucher und 120.000 Verbraucherbeschwerden zu verzeichnen. Darüber hinaus habe sie in bis zu 42 Prozent der Fälle zu einer direkten Beilegung geführt. In Bezug auf die alternative Streitbeilegung zeigt der Bericht, dass unparteiische Streitbeilegungsgremien in allen Mitgliedstaaten und auch im Einzelhandel tätig sind. Die Kommission arbeite an der kontinuierlichen Verbesserung der Online-Streitbeilegungsplattform, indem sie gezieltere Informationen über Verbraucherrechte bereitstellt und gleichzeitig den Nutzern hilft, die am besten geeigneten Abhilfemaßnahmen zu finden.

https://ec.europa.eu/info/alternative-dispute-resolution-reports_de

Impressum

Verbraucherzentrale
Bundesverband e.V.

Rudi-Dutschke-Str. 17

10969 Berlin

Leiterin Team Brüssel

Isabelle Buscke

isabelle.buscke@vzbv.de

Anregungen zum Newsletter
nehmen wir gerne entgegen.

BAUEN / ENERGIE / UMWELT / VERKEHR

1. Kein Anspruch von freien Händlern und Werkstätten auf elektronische Fahrzeuginformationen

Der Europäische Gerichtshof entschied am 19. September 2019, dass Automobilhersteller nicht verpflichtet sind, unabhängigen Marktteilnehmern Zugang zu Reparatur- und Wartungsinformationen für Fahrzeuge in elektronisch weiterzuverarbeitender Form zu gewähren.

Verbraucherschützer zeigten sich enttäuscht. „Für die Fahrzeugbesitzer ist dies ein Rückschlag. Die Hoffnung, dass durch ein positives Urteil der Zugang zu Ersatzteilen erleichtert und die Verbraucher durch sinkende Kosten direkt profitieren würden, ist leider durch den EuGH verhindert worden“, sagte Gregor Kolbe vom Verbraucherzentrale Bundesverband. „Ein Wettbewerb um günstige Ersatzteile wird so verhindert, und die Autohersteller werden weiter an jedem Ersatzteil mitverdienen - was zu höheren Preisen für Verbraucher führt. Die Entscheidung des EuGH hilft Autoherstellern und stellt freie Werkstätten und Händler schlechter.“ Ab dem 1. September 2020 seien jedoch die Hersteller nach einem neuen EU-Gesetz verpflichtet, ihre Datensätze in elektronisch verarbeitbarer Form zur Verfügung zu stellen.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=217902&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=1014189>

<https://www.merkur.de/wirtschaft/eugh-urteil-im-autoteilestreit-zr-13018052.html>

2. Insolvenz von Thomas Cook: Verbraucher nicht angemessen geschützt

Am 25. Juli 2019 hat die deutsche Tochtergesellschaft von Thomas Cook einen Insolvenzantrag gestellt. Die deutsche Flugtochter Condor hatte bereits vorher einen Regierungskredit beantragt. Die Europäische Kommission steht nun in engem Austausch mit den deutschen Behörden.

Seit dem 1. Juli 2018 genießen Pauschalreisende stärkere Verbraucherrechte, vor allem bei Insolvenzen der Reiseanbieter. Reisende haben beispielsweise Anspruch auf Erstattung geleisteter Zahlungen bzw. Rückbeförderung, falls sie schon unterwegs sind. Dies gilt jedoch nicht für Passagiere, die nur eine Flugreise, etwa mit Condor, gebucht haben.

„Gerade Pauschalurlauber wähten sich nach den Airline-Pleiten der vergangenen Jahre in Sicherheit. Denn Pauschalreiseanbieter müssen sich gegen Insolvenz versichern. Der Verbraucherzentrale Bundesverband macht aber bereits seit Langem darauf aufmerksam, dass der Höchstbetrag der Absicherung

von 110 Millionen Euro pro Reiseveranstalter und Jahr deutlich angehoben werden muss. Denn ob der Betrag bei der Pleite eines Branchenschwergewichts ausreicht, ist nicht sicher.“, so Klaus Müller, Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv).

<https://www.vzbv.de/pressemitteilung/pauschalurlauber-besser-absichern>

4. Generalanwalt beim Europäischen Gerichtshof bejaht Haftung für auf Flug umgekipptem heißen Kaffee

In seinen Schlussanträgen vom 26. September 2019 kam Generalanwalt Henrik Saugmandsgaard Øe zum Ergebnis, dass jedes äußere Ereignis an Bord eines Flugzeugs, das den Tod oder die Körperverletzung eines Passagiers verursacht, die Haftung des Luftfahrtunternehmens auslöst. Es brauche nicht geprüft zu werden, ob das Ereignis auf einem für die Luftfahrt typischen oder mit ihr unmittelbar zusammenhängenden Risiko beruht. Im Ausgangsfall hat sich eine Passagierin verbrüht, als der zuvor gereichte, auf dem Klapp Tisch vor ihr abgestellte Kaffeebecher aus ungeklärter Ursache umkippte. Dies könne die Haftung auslösen, so der Generalanwalt.

Die Schlussanträge des Generalanwalts sind für den Europäischen Gerichtshof nicht bindend. In der Regel kommen die Richter jedoch zum selben Ergebnis wie die Generalanwälte.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=218306&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=772233>

FINANZDIENSTLEISTUNGEN

1. EU-Ministerrat legt Standpunkt zu Klassifikationssystem für nachhaltige Finanzprodukte fest

Die EU-Botschafter haben am 25. September 2019 den Standpunkt des EU-Ministerrates zu einem Vorschlag über die Einführung eines EU-weiten Klassifikationssystems („Taxonomie“) für nachhaltige Finanzprodukte gebilligt. Derzeit gibt es kein gemeinsames Klassifikationssystem auf europäischer oder globaler Ebene, das ökologisch nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten definieren würde. Mit der vorgeschlagenen Verordnung soll verhindert werden, dass Finanzprodukte als „umweltfreundlich“ oder „nachhaltig“ vermarktet werden, obwohl sie in Wirklichkeit nicht den grundlegenden Umweltstandards entsprechen („Greenwashing“). Auf der Basis der in der vorgeschlagenen Verordnung präzisierten Nachhaltigkeitskriterien würde die EU-Kommission mit der Erstellung der Taxonomie beauftragt. Das EU-Parlament hat im März 2019 seinen Standpunkt zu

diesem Dossier festgelegt. Daher können nunmehr Verhandlungen zwischen dem EU-Ministerrat und dem EU-Parlament aufgenommen werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2019/09/25/sustainable-finance-council-agrees-position-on-a-unified-eu-classification-system/>

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-12360-2019-INIT/en/pdf>

2. Europäischer Ausschuss für Systemrisiken warnt vor Überhitzung des deutschen Immobilienmarkts

Der Europäische Ausschuss für Systemrisiken (ESRB) warnte am 23. September 2019 die Regierungen von Deutschland sowie Tschechien, Frankreich, Island und Norwegen vor Gefahren durch eine Überhitzung des Immobilienmarktes durch immer höhere Preise. Die Bundesbank warnt schon seit längerem vor überhöhten Preisen in Großstädten wie Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Frankfurt, Köln, München und Stuttgart. Der ESRB wurde 2010 als Reaktion auf die globale Finanzkrise gegründet. Seine Aufgabe ist nicht die Aufsicht über einzelne Unternehmen, sondern die Stabilität des Finanzsystems insgesamt. Er ist integraler Bestandteil des seit 1. Januar 2011 bestehenden Europäischen Finanzaufsichtssystems. Vorsitzender ist der Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi.

<https://www.esrb.europa.eu/news/pr/date/2019/html/esrb.pr190923~75f4b1856d.en.html>

https://www.esrb.europa.eu/pub/pdf/reports/esrb.report190923_vulnerabilities_eea_countries~a4864b42bf.en.pdf

GESUNDHEIT / ERNÄHRUNG

1. EU-Schnellwarnsystem sorgt für Lebensmittelsicherheit

Das Europäische Schnellwarnsystem für Lebensmittel und Futtermittel (RASFF) hat am 17. September 2019 Bilanz für das Jahr 2018 gezogen. Im Jahr 2018 haben die Mitgliedstaaten 3699 Fälle von Lebensmittel- oder Futtermittlerisiken beim Europäischen Schnellwarnsystem gemeldet, von denen 1118 als „alarmierend“ eingestuft wurden – das heißt, dass ein schwerwiegendes Gesundheitsrisiko vorliegt und Lebensmittelunternehmen und -behörden schnell handeln müssen. Im vergangenen Jahr wurden besonders viele Meldungen von Listerien in gefrorenem Mais verzeichnet - unter anderem in Deutschland, Dänemark und Frankreich. Deutschland hat im EU-Vergleich mit 363 Fällen die meisten Risikofälle gemeldet. Am Häufigsten wurden im vergangenen Jahr Pilzgifte in Nüssen und Quecksilber in Fischprodukten beanstandet.

Das 1979 geschaffene RASFF ermöglicht einen effizienten Informationsaustausch zwischen europäischen Institutionen und nationalen Lebensmittelsicherheitsbehörden in der Europäischen Union sowie in Norwegen, Liechtenstein, Island und der Schweiz.

https://ec.europa.eu/germany/news/lebensmittelsicherheit20190917_de

https://ec.europa.eu/food/sites/food/files/safety/docs/rasff_annual_report_2018.pdf

2. Schutz der Verbraucher vor Salmonellen in Reptilienfleisch

Der EU-Ministerrat erhob am 16. September keine Einwände gegen die Änderung der Verordnung der EU-Kommission vom 15. November 2005 über mikrobiologische Kriterien für Lebensmittel. Gegenstand der Änderung ist die Einbeziehung des „potenziellen erheblichen Gesundheitsrisikos“ aufgrund des möglichen Vorhandenseins von Salmonellen in Reptilienfleisch. Zu diesem Zweck soll ein Lebensmittelsicherheitskriterium für Reptilienfleisch festgelegt werden. Das Lebensmittelsicherheitskriterium sollte die Lebensmittelunternehmer dazu verpflichten, in früheren Phasen der Herstellung von Reptilienfleisch Maßnahmen zu ergreifen, die zur Verringerung des Auftretens jeglicher Serotypen von Salmonellen beitragen, die sich auf die öffentliche Gesundheit auswirken könnten.

Reptilienfleisch werde in der Europäischen Union nur in begrenztem Umfang produziert. Die durchschnittlichen jährlichen Einfuhren in die Europäische Union erreichten jedoch beinahe 100 Tonnen. Ein Gutachten der Europäischen Nahrungsmittelagentur (EFSA) habe eine hohe Trägerrate von Salmonellen bei lebenden Krokodilen und in Krokodilfleisch festgestellt.

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-11222-2019-INIT/de/pdf>

3. Europäische Methodik zur Messung des Umfangs von Lebensmittelabfällen

Der Beschluss der EU-Kommission im Hinblick auf eine gemeinsame Methodik und Mindestqualitätsanforderungen für die einheitliche Messung des Umfangs von Lebensmittelabfällen ist am 27. September 2019 im EU-Amtsblatt veröffentlicht worden. Er tritt 20 Tage nach der Veröffentlichung in Kraft. Die EU-Mitgliedstaaten müssen geeignete Maßnahmen ergreifen, um die Zuverlässigkeit und Genauigkeit der Messung von Lebensmittelabfällen zu gewährleisten. Sie haben der EU-Kommission Informationen zu den für die Messung von Lebensmittelabfällen auf jeder einzelnen Stufe der Lebensmittelkette herangezogenen Methoden zu übermitteln. Sie haben jedes Jahr die Menge der in einem vollen Kalenderjahr angefallenen Lebensmittelabfälle zu messen.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32019D1597&from=DE>

4. Neuregelung für Titandioxid als UV-Filter in kosmetischen Produkten

Der EU-Ministerrat erhob am 20. September 2019 keine Einwände gegen eine Änderung der Kosmetikverordnung. Die Änderung beinhaltet, dass Titandioxid als UV-Filter in kosmetischen Mitteln, die für die Anwendung auf gesunder, intakter oder sonnenverbrannter Haut bestimmt sind, als sicher angesehen werden kann, wenn es mit:

- entweder Kieselsäure und Cetylphosphat (bis zu 16 Prozent bzw. 6 Prozent);
- Aluminiumoxid und Mangandioxid (bis zu 7 Prozent bzw. 0,7 Prozent);
- Aluminiumoxid und Triethoxycaprylsilan (bis zu 3 Prozent bzw. 9 Prozent)

umhüllt ist. Die EU-Kommission kann die Änderung in Kraft setzen, wenn auch das EU-Parlament keine Einwände erhebt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/tte/2019/09/20/>

5. Änderung von Höchstgehalten an schädlichen Stoffen in Lebensmitteln

Der EU-Ministerrat erhob am 24. September 2019 keine Einwände gegen zwei Änderungen der Verordnung der EU-Kommission zur Festsetzung der Höchstgehalte für bestimmte Kontaminanten in Lebensmitteln. Die erste Änderung betrifft die Höchstgehalte an Erucasäure und Blausäure in bestimmten Lebensmitteln und die zweite die Höchstgehalte an Citrinin in Nahrungsergänzungsmitteln auf Basis von Reis, der durch den Schimmelpilz *Monascus purpureus* fermentiert wurde.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/tte/2019/09/24/>

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-11256-2019-ADD-1/de/pdf>

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-11213-2019-ADD-1/de/pdf>

6. EU-Chemikalienagentur prüft Beschränkungen für allergieauslösende Stoffe in Textilien und Lederartikeln

Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) startete eine öffentliche Konsultation zur möglichen Beschränkung von potenziell allergieauslösenden chemischen Stoffen in Textilien und Lederartikeln. Der Entwurf sieht verschiedene Konzentrationsgrenzen für Stoffe vor, die bei Hautkontakt Allergien auslösen können. Die Konsultation läuft bis zum 19. Dezember 2019.

<https://echa.europa.eu/de/restrictions-under-consideration/-/substance-rev/23405/term>

<https://echa.europa.eu/documents/10162/7dc24b9e-263e-a9d7-756c-c6e228e018d1>

TELEKOMMUNIKATION / MEDIEN / INTERNET

Europäischer Gerichtshof bestätigt Recht auf Vergessenwerden auch für Datenverarbeitung von Suchmaschinen

Der Europäische Gerichtshof entschied am 24. September 2019, dass das Verbot der Verarbeitung bestimmter Kategorien sensibler personenbezogener Daten auch für die Betreiber von Suchmaschinen gilt. Beispiele sind Daten über die politische Meinung, religiöse oder philosophische Überzeugungen, das Sexualleben oder Strafverfahren. Das Verbot der Datenverarbeitung gilt jedoch nicht, wenn das Interesse der Internetnutzer, die potenziell Interesse an diesen Informationen hätten, überwiegt. Im Rahmen eines Auslistungsantrags sei eine Abwägung zwischen den Grundrechten des Antragstellers und dem Recht auf Informationsfreiheit der Internetnutzer vorzunehmen.

In einem weiteren Urteil vom 24. September 2019 entschied der Europäische Gerichtshof, dass der Betreiber einer Suchmaschine nach europäischem Recht nicht verpflichtet ist, eine Auslistung weltweit vorzunehmen. Er sei jedoch verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, um die Internetnutzer davon abzuhalten, von einem EU-Mitgliedstaat aus auf die entsprechenden Links in Nicht-EU-Versionen der Suchmaschine zuzugreifen.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2019-09/cp190113de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf;jsessionid=F85A9D39D18BF5FF312D26A54C29E300?text=&docid=218106&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=765975>

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2019-09/cp190112de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=218105&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=768221>

WIRTSCHAFTSFRAGEN / WETTBEWERB

1. EU-Zoll beschlagnahmte 2018 gefälschte Waren im Wert von fast 740 Millionen Euro

Zollbeamte haben im vergangenen Jahr rund 20 Prozent mehr gefälschte Waren beschlagnahmt als im Jahr 2017. Das gab die EU-Kommission am 19. September 2019 bekannt. Der starke Anstieg sei auf die große Menge an kleinen, per Express und Postversand verschickten Paketen zurückzuführen. Die Zahl der abgefangenen Sendungen sei von 57.433 im Jahr 2017 auf 69.354 im Jahr 2018 gestiegen. In Deutschland habe die Zahl der abgefangenen Sendungen von 18.888 im Jahr 2017 auf 33.421 im Jahr 2018 zugenommen. Die Zahl der Artikel sei von knapp 3 Millionen auf rund 4,7 Millionen gestiegen. 2018 seien knapp 27 Millionen Artikel beschlagnahmt worden, die Rechte des geistigen Eigentums verletzen. Insgesamt hätten sie einen Marktwert von fast 740 Millionen Euro gehabt.

Nach dem Bericht der EU-Kommission stellten Zigaretten mit 15 Prozent der Gesamtmenge an beschlagnahmten Waren die wichtigste Warenkategorie dar. Es folgten Spielwaren (14 Prozent), Verpackungsmaterial (9 Prozent), Labels, Etiketten und Aufkleber (9 Prozent) sowie Kleidung (8 Prozent). Produkte für den täglichen persönlichen Gebrauch, wie Körperpflegeprodukte, Medikamente, Spielwaren und elektrische Haushaltsgeräte, machten fast 37 Prozent der beschlagnahmten Artikel aus. Waren, die Rechte des geistigen Eigentums verletzen, kamen nach wie vor hauptsächlich aus China. Gefälschte alkoholische Getränke stammten vorwiegend aus Nordmazedonien. Die Türkei war das wichtigste Herkunftsland für andere Getränke, Parfüme und Kosmetikprodukte.

https://ec.europa.eu/germany/news/zoll20190919_de

https://ec.europa.eu/taxation_customs/sites/taxation/files/2019-ipr-report.pdf

2. EU-Kommission genehmigt Übernahme von Innogy durch E.ON unter Auflagen

Die EU-Kommission hat am 17. September 2019 die Übernahme der Geschäftsbereiche Vertrieb und Kundenlösungen sowie bestimmter Vermögenswerte von Innogy aus dem Stromerzeugungsbereich durch E.ON genehmigt. Die Genehmigung ist an die vollständige Umsetzung eines von E.ON vorgelegten Pakets von Verpflichtungszusagen geknüpft. Zu den Verpflichtungen gehört

- die Veräußerung der Verträge mit den meisten Heizstromkunden von E.ON in Deutschland und, nach Wahl des Käufers, aller Vermögenswerte, die für dessen Tätigkeit auf diesem Markt erforderlich sein könnten;
- die Einstellung des Betriebs von 34 Ladestationen für Elektrofahrzeuge an deutschen Autobahnen; diese Ladestationen werden in Zukunft von einem neuen Drittanbieter betrieben.

E.ON ist ein deutsches Energieunternehmen, das derzeit entlang der gesamten Energiekette tätig ist. Nach Abschluss des Austauschs mit RWE wird sich E.ON auf die Verteilung von Strom und Gas und den Strom- und Gaseinzelhandel konzentrieren. Auch das deutsche Energieunternehmen Innogy, das von RWE kontrolliert wird, ist unter anderem durch Energieverteilung und -einzelhandel sowie andere Tätigkeiten im Bereich Energie entlang der gesamten Energiekette tätig.

https://ec.europa.eu/germany/news/innogy-durch-eon20190917_de

3. EU-Kommission gibt Gewinner des EU-Preises für Produktsicherheit bekannt

Am 26. September 2019 hat die EU-Kommission die Gewinner des erstmals verliehenen EU-Preises für Produktsicherheit bekanntgegeben. Mit diesem Preis werden Unternehmen ausgezeichnet, deren Engagement über die einschlägigen EU-Vorschriften für mehr Verbrauchersicherheit hinausgeht. Acht Unternehmen aus Dänemark, Deutschland, Finnland, Griechenland, Italien, den Niederlanden und Österreich wurden für ihre Anstrengungen zur Verbesserung der Kindersicherheit ausgezeichnet. Silber ging an Cybex (Deutschland) „für die durchdachten Sicherheitsmerkmale seiner PRIAM-Kinderwagen und seine soliden internen Produktsicherheitsverfahren“ und Bronze an Reer (Deutschland) „für seine Sicherheitsartikel und Kommunikationstätigkeiten zur Förderung der Kindersicherheit zu Hause.“

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_19_5830

<https://ec.europa.eu/product-safety-award/>

4. Neue europäische Sicherheitsanforderungen für Spielzeug

Der EU-Ministerrat erhob am 26. September 2019 keine Einwände gegen zwei Richtlinien der EU-Kommission zur Änderung der Spielzeugrichtlinie. Diese betreffen die Sicherheit von Spielzeug hinsichtlich Aluminium und die Sicherheit von Spielzeug hinsichtlich Formaldehyd. Die Änderungen können in Kraft treten, wenn auch das EU-Parlament keine Einwände erhebt.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-11477-2019-INIT/de/pdf>

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-11481-2019-INIT/de/pdf>

5. Zunahme des Verbrauchervertrauens in Europa

Der von der EU-Kommission berechnete Index des Verbrauchervertrauens nahm im September 2019 gegenüber dem Vormonat im Euroraum um 0,6 Punkte auf -6,5 Punkte und in der Europäischen Union ebenfalls um 0,6 Punkte

auf -6,4 Punkte zu. Der Index liegt in beiden Gebieten weit über dem langzeitigen Durchschnitt von -10,7 im Euroraum und -10,0 in der Europäischen Union.

Der Index wird seit Januar 2019 neu berechnet. Er beruht nunmehr auf den Antworten von Verbrauchern auf folgende vier Fragen: (i) Wie hat sich die finanzielle Lage ihres Haushalts in den letzten 12 Monaten entwickelt?, (ii) Was für eine Entwicklung der finanziellen Lage ihres Haushalts erwarten sie in den nächsten 12 Monaten?, (iii) Was für eine Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage ihres Landes erwarten sie in den nächsten 12 Monaten? und (iv) Verglichen mit den letzten 12 Monaten, erwarten sie mehr oder weniger Ausgaben für größere Ankäufe (Möbel, Elektrogeräte, elektronische Geräte usw.) in den nächsten 12 Monaten?

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/fcci_2019_09_en.pdf

TERMINVORSCHAU

Rat

Ratsarbeitsgruppe „Verbraucherschutz und -information“ (30. September und 1. Oktober 2019)

Vorschlag für eine Richtlinie über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher (Prüfung von konsolidiertem Kompromissvorschlag).

Ratsarbeitsgruppe „Energie“ (1. Oktober 2019)

Evaluierung der Richtlinie aus dem Jahr 2003 zur Besteuerung von Energie; Bericht des Europäischen Rechnungshofs zu notwendigen Maßnahmen für Solar- und Windenergie.

Ratsarbeitsgruppe „Landverkehr“ (2. Oktober 2019)

Verordnung über Rechte und Pflichten der Bahnreisenden (Prüfung von Kompromissvorschlag).

Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) - 1. Teil (2. Oktober 2019)

Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 2008/96/EG über ein Sicherheitsmanagement für die Straßenverkehrsinfrastruktur.

Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) - 2. Teil (2. Oktober 2019)

Richtlinie zu Hinweisgebern („Whistleblower“).

Ratsarbeitsgruppe „Arzneimittel und Medizinprodukte“ (3./4. Oktober 2019)

Bewertung von Gesundheitstechnologie.

Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“ (3. Oktober 2019)

Initiativen der Kommission im Zusammenhang mit Daten (Umsetzung der Open-Data-Richtlinie und Umsetzungsrechtsakt hierzu, Gemeinsame europäische Datenräume, Verfügbarkeit von Unternehmensdaten, Cloud-Infrastrukturen und -Dienste für die europäische Datenwirtschaft); Vision einer menschenzentrierten, florierenden und ausgewogenen Datenwirtschaft - Meinungsaustausch auf der Grundlage eines Diskussionspapiers des Vorsitzes.

Rat Justiz und Inneres (7./8. Oktober 2019)

Verhandlungen über ein Abkommen EU-USA über den grenzüberschreitenden Zugang zu elektronischen Beweismitteln (Sachstand); Bewertung des Verhaltenskodex zu Hassreden im Internet (Sachstand); Mitteilung zu Datenschutzvorschriften als Voraussetzung für Vertrauen in die EU und darüber hinaus (Informationen der Kommission); Richtlinie zu Hinweisgebern (Annahme des Gesetzgebungsakts); Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 2008/96/EG über ein Sicherheitsmanagement für die Straßenverkehrsinfrastruktur (Annahme des Gesetzgebungsakts).

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (8. Oktober 2019)

Nachhaltige Finanzierung.

Rat Wirtschaft und Finanzen – Ecofin (10. Oktober 2019)

Billigung Bündnis von Finanzministern für Klimaschutz (Informationen des finnischen Ko-Vorsitzes); Stand der Umsetzung der Rechtsvorschriften im Bereich der Finanzdienstleistungen.

Europäisches Parlament

Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (1. Oktober 2019)

Anhörung von Stella Kyriakides, designiertes Kommissionsmitglied mit Zuständigkeit für Gesundheit.

Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (1. Oktober 2019)

Anhörung von Janusz Wojciechowski, designiertes Mitglied der Kommission mit Zuständigkeit für Landwirtschaft.

Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (2. Oktober 2019)

Die Anhörung von Didier Reynders (Belgien), dem designierten EU-Kommissar für Justiz erfolgt am 2. Oktober vor dem Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten,

Justiz und Inneres des EU-Parlaments. Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz wird assoziiert, da Reynders auch für den Verbraucherschutz designiert ist.

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (3. Oktober 2019)

Anhörung von Kadri Simson, designiertes Kommissionsmitglied mit Zuständigkeit für Energie.

Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (8. Oktober 2019)

Anhörung von Frans Timmermans, designierter exekutiver Vizepräsident mit Zuständigkeit für den europäischen Green Deal

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (8. Oktober 2019)

Aufstellung des Programms über den Binnenmarkt, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, einschließlich der kleinen und mittleren Unternehmen, und die europäischen Statistiken.

Plenum (9./10. Oktober 2019)

Vorbereitung des Europäischen Rats am 17./18. Oktober 2019; Ausländische Einmischung in Wahlen und Desinformation.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Fachgruppe Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Umwelt (1. Oktober 2019)

Wie könnte die Zivilgesellschaft eine konstruktivere Rolle bei der Umsetzung von Umweltvorschriften spielen? (Sondierungsstellungnahme auf Ersuchen der EU-Kommission); Umsetzung des Aktionsplans für die Kreislaufwirtschaft.

Ausschuss der Regionen

Plenum (8./9. Oktober 2019)

Auf dem Weg zu einem nachhaltigen Europa bis 2030: Follow-up zu den UN Nachhaltigkeitszielen, zur Ökowende und zum Klimaschutzübereinkommen von Paris (Initiativstellungnahme); Umsetzung des Pakets „Saubere Energie“: die integrierten nationalen Energie- und Klimapläne als Instrument für einen lokalen und regionalen Governance-Ansatz bei Klimaschutz sowie aktiver und passiver Energienutzung (Initiativstellungnahme); Intelligente Städte: neue Herausforderungen für einen gerechten Übergang zur Klimaneutralität – Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele in der Praxis (Befassung durch den finni-

schen Ratsvorsitz); Umsetzung des Übereinkommens von Paris durch eine innovative und nachhaltige Energiewende auf regionaler und lokaler Ebene (Initiativstellungnahme); Aktiv und gesund im Alter (Initiativstellungnahme); Digitales Europa für alle: Intelligente und inklusive Lösungen vor Ort (Befassung durch den finnischen Ratsvorsitz).

Europäischer Gerichtshof

Urteil in der Rechtssache C-673/17 (1. Oktober 2019)

Einwilligung in das Setzen von Cookies.

Urteil in der Rechtssache C-616/17 (1. Oktober 2019)

Zulassung von Glyphosat.

Urteil in der Rechtssache C-18/18 (3. Oktober 2019)

Löschung beleidigender Äußerungen auf Facebook.

Urteil in der Rechtssache C-260/18 (3. Oktober 2019)

Missbräuchliche Klauseln (an Fremdwährung gekoppelter Kreditvertrag).

Mündliche Verhandlung in der Rechtssache (3. Oktober 2019)

Online-Handel mit Arzneimitteln.

Mündliche Verhandlung in der Rechtssache C-581/18 (8. Oktober 2019)

Haftpflichtversicherung für PIP-Brustimplantate.

Verbraucherpolitik EU aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.

Newsletter verfasst von

Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University) – Brüssel

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv)